

Gemeinde/Stadt - Sub00001

Rechtsgrundlagen

Baugesetzbuch (BauGB) i.d.F. der Bekanntmachung vom 03.11.2017 (BGBI. I S. 3634), Baunutzungsverordnung (BauNVO) i.d.F. der Bekanntmachung vom 21.11.2017 (BGBI. I S. 3786), Planzeichenverordnung 1990 (PlanzV 90) i.d.F. der Bekanntmachung vom 18.12.1990 (BGBl. I 1991 S. 58), zuletzt geändert durch Artikel 3 des Gesetzes vom 04.05.2017 (BGBI. I S. 1057), Hess. Bauordnung (HBO) vom 15.01.2011 (GVBI. I S. 46, 180), zuletzt geändert durch Artikel 2 des Gesetzes vom 15.12.2016 (GVBI. S. 294).

Zeichenerklärung

Katasteramtliche Darstellung

Flurgrenze Flurnummer

Flurstücksnummer

vorhandene Grundstücks- und Wegeparzellen mit Grenzsteinen

Planzeichen

Verkehrsflächen



Verkehrsflächen besonderer Zweckbestimmung; hier:

Öffentliche Parkfläche

Hauptversorgungs- und Hauptabwasserleitungen

Abwasserkanal (nicht eingemessen)

Stromleitung (nicht eingemessen)

Planungen, Nutzungsregelungen, Maßnahmen und Flächen für Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von Boden, Natur und Landschaft



Anpflanzung von Laubsträuchern

Wasserversorgung (nicht eingemessen)

Sonstige Planzeichen

Leitungsrecht für den Eigenbetrieb

Grenze des räumlichen Geltungsbereiches des Bebauungsplanes

Sonstige Darstellungen

- ____ räumlicher Geltungsbereich angrenzender Bebauungspläne

1 Textliche Festsetzungen

- 1.1 Anpflanzung von Bäumen, Sträuchern und sonstigen Bepflanzungen gemäß § 9 Abs. 1 Nr. 25a BauGB:
- 1.1.1 Je Strauchsymbol in der Plankarte sind Gruppen von jeweils 3-5 Exemplaren einer Art zu pflanzen.

2 Bauordnungsrechtliche Gestaltungsvorschriften

- 2.1 Gestaltung der Stellplätze gemäß § 9 Abs. 4 BauGB i.V.m. § 81 Abs. 1 Nr. 4 HBO:
- 2.1.1 PKW-Stellplätze im Sinne untergeordneter Nebenanlagen sind in wasserdurchlässiger Weise zu befestigen.
- 2.1.2 Die Fahrwege der Stellplätze sind mit scharfkantigem Pflaster zu befestigen oder mit einer Asphaltoberfläche zu versehen.

3 Hinweise und nachrichtliche Übernahme

- 3.1 Es gelten die Vorschriften der Stellplatzsatzung der Stadt Butzbach in der zum Zeitpunkt der Bauantragstellung geltenden Fassung.
- 3.2 Gem. § 21 HDSchG: Werden bei Erdarbeiten Bau- oder Bodendenkmäler bekannt, so ist dies dem Landesamt für Denkmalpflege Hessen (Abt. Archäologische Denkmalpflege) oder der Unteren Denkmalschutzbehörde unverzüglich anzuzeigen. Der Fund und die Fundstelle sind bis zum Ablauf einer Woche nach der Anzeige im unveränderten Zustand zu erhalten und in geeigneter Weise vor Gefahren für die Erhaltung des Fundes zu schützen.
- 3.3 Auf die Bestimmungen des Erneuerbare-Energien-Wärmegesetzes und die auf Grundlage des Energieeinsparungsgesetzes erlassene Energieeinsparverordnung sei hingewiesen und angemerkt, dass die Nutzung der Solarenergie ausdrücklich zulässig ist. Es gilt die zum Zeitpunkt der Bauantragsstellung gültige Fassung.
- 3.4 Niederschlagswasser soll ortsnah versickert, verrieselt oder direkt oder über eine Kanalisation ohne Vermischung mit Schmutzwasser in ein Gewässer eingeleitet werden, soweit dem weder wasserrechtliche noch sonstige öffentlich-rechtliche Vorschriften noch wasserwirtschaftliche Belange entgegenstehen (§ 55 Abs. 2 Satz 1 WHG).
- 3.5 Abwasser, insbesondere Niederschlagswasser, soll von der Person, bei der es anfällt, verwertet werden, wenn wasserwirtschaftliche und gesundheitliche Belange nicht entgegenstehen (§ 37 Abs. 4 Satz 1 HWG).
- 3.6 Artenauswahl (Artenempfehlung)

Sträucher:

Carpinus betulus Blutroter Hartriegel Cornus sanguinea Corylus avellana Gemeine Hasel Crataegus spec. Weißdorn Euonymus europaeus Gew. Spindelstrauch Prunus spinosa Sambucus nigra Schwarzer Holunder Viburnum opulus Gew. Schneeball

Auf die Grenzabstände für Pflanzungen gemäß §§ 38-40 Hess. Nachbarrechtsgesetz wird verwiesen.

3.7 Hinweise Archäologische Denkmalpflege:

- 3.7.1 Im Geltungsbereich des Bebauungsplanes liegen Hallstattzeitliche Siedlungsreste und ein Teil des römischen Kleinkastells Degerfeld. Der gesamte Geltungsbereich ist als Kernzone des UNESCO Welterbes Obergermanisch-Raetischer Limes ausgewiesen. Bodeneingriffe in diesem Bereich sind nicht möglich. Es sei damit zu rechnen, dass durch die Bebauung Bodendenkmäler zerstört werden. Der Baumaßnahme eines Parkplatzes wurde nur unter strengen Auflagen der archäologischen Denkmalpflege zugestimmt. Kein Abtrag des Oberbodens. Aufbau des Parkplatzes auf dem bestehenden Geländeniveau. Überwachung der Erdarbeiten durch eine archäologische Fachfirma. Sichtbarmachung des Kastellgrundrisses. Sollte der Parkplatz künftig wieder aufgelassen werden, kann lediglich ein Rückbau auf das ursprüngliche Niveau
- 3.7.2 Den Belangen des Bodendenkmalschutzes und der Bodendenkmalpflege könne vorliegend wie folgt ausreichend Rechnung getragen werden: Die archäologischen Befunde sind vollständig zu erhalten, was ein bauordnungsrechtliches oder denkmalschutzrechtliches Genehmigungsverfahren voraussetzt. Um den Erhalt trotz Überbauung zu gewährleisten und einer Genehmigung seitens der Deutschen Limeskommission zur neuen Überbauung des Kleinkastells Degerfeld zu erhalten, werden seitens unserer Behörde folgende
 - 1. Aufbau auf bestehendes Niveau. Keine Bodeneingriffe. Es muss sicher ausgeschlossen werden, dass durch die Bauarbeiten Kulturdenkmäler i.S. von § 2 Abs. 2 (Bodendenkmäler) HDSchG zerstört werden.
- 2. Sichtbarmachung des Kastellgrundrisses.
- 3. Überwachung der Arbeiten durch eine archäologische Fachfirma.
- 4. Entwurf bis hin zur Bepflanzung nur in Abstimmung mit der archäologischen Denkmalpflege. 5. Festsetzung der fachlichen Begleitung bei möglichen Abrissarbeiten des Parkplatzes bei Auflassung.
- 3.8 Hinweis Naturschutz und Landschaftspflege: es wird klargestellt, dass notwendige Rodungsarbeiten gemäß § 39 Abs. 5 BNatSchG nur außerhalb der Brutzeit (1. März bis 30. September) durchzuführen sind. Sollten Rodungen innerhalb dieses Zeitraumes dringend notwendig werden, so sind die Betroffenen Bereiche zeitnah vor Beginn der Maßnahme durch einen Fachgutachter auf aktuelle Brutvorkommen zu untersuchen, um das Eintreten eines Verbotstatbestandes nach § 44 BNatSchG zu vermeiden.

Verfahrensvermerke im Verfahren nach § 13a BauGB:

Der Aufstellungsbeschluss gem. § 2 Abs. 1 BauGB wurde durch die Stadtverordnetenversammlung gefasst am

Der Aufstellungsbeschluss gem. § 2 Abs. 1 Satz 2 BauGB wurde ortsüblich bekanntgemacht am

Die Öffentlichkeitsbeteiligung gem. § 3 Abs. 2 BauGB wurde ortsüblich be-

Die Öffentlichkeitsbeteiligung gem. § 3 Abs. 2 BauGB erfolgte in der Zeit vom 19.09.2018

25.09.2018

11.09.2018

11.09.2018

26.10.2018

12.12. 2018

Der Satzungsbeschluss gem. § 10 Abs. 1 BauGB sowie § 5 HGO i.V.m. § 9 Abs. 4 BauGB und § 81 HBO erfolgte durch die Stadtverordnetenver-

sammlung am

Die Bekanntmachungen erfolgten in der Butzbacher Zeitung.

kanntgemacht am

bis einschließlich

Es wird bestätigt, dass der Inhalt dieses Bebauungsplanes mit den hierzu ergangenen Beschlüssen der Stadtverordnetenversammlung übereinstimmt und dass die für die Rechtswirksamkeit maßgebenden Verfahrensvorschriften eingehalten worden sind.

Butzbach, den <u>08</u>.<u>01.201</u>9 Der Magistrat der Stadt Butzbac

Rechtskraftvermerk:

Der Bebauungsplan ist durch ortsübliche Bekanntmachung gem. § 10 Abs. 3 BauGB in Kraft

Butzbach, den <u>18. 01. 20 19</u> Der Magistrat der Stadt Butzbach



Übersichtskarte (Maßstab 1 : 5.000)



Planungsbüro Holger Fischer, Konrad-Adenauer-Str. 16, 35440 Linden, Tel. 06403/9537-0 Fax. 06403/9537-30

Stadt Butzbach, Kernstadt Bebauungsplan "Dergerfeld - 1. Änderung"

Kartendaten: © OpenStreetMap-Mitwirkende, SRTM | Kartendarstellung: © OpenTopoMap (CC-BY-SA)

GIS 11.02.19 H

Bearbeiter: Buch CAD: Voith

Maßstab: 1:500

31.08.2018

01.11.2018